



Überparteiliches Komitee des Kantons
Graubünden zur Wahrung von
Selbstbestimmung und Souveränität der
Schweiz.

souveraen-gr.ch

Souverän GR
Postfach 33
7031 Laax

Alain Berset
Route du Centre 35
CH – 1782 Belfaux

Laax, 24. April.2024

Ex-Bundesrat Alain Berset –

Verweigerung der Annahme eines Briefes, der (von aussen erkennbar) seine frühere Amtstätigkeit betrifft

Sehr geehrter Herr Berset

Aufgrund Ihrer **Weigerung**, unser an BAG-Chefin Anne Lévy und an Sie gerichtetes Schreiben vom 22. März 2024 entgegenzunehmen, wird dieser Brief an Sie veröffentlicht. Kenntnis vom erwähnten Schreiben mussten Sie ohnehin von Frau Lévy erhalten haben, ansonsten Sie es auf der oben angegebenen Webseite finden. - Da es für Sie von aussen leicht erkennbar war, dass es Ihre Verantwortlichkeit als früherer Amtsträger anspricht, ist dieser Schritt ein Gebot gegenüber der Öffentlichkeit. Das ergibt sich zwingend aus den **Art. 6, 16** in Verbindung mit **146 BV**. Das Volk hat Ihnen keine Décharge erteilt. Deshalb die Ansprache in der dritten Person.

Unser allseits beliebter Ex-Bundesrat hat auf seinem Weg zum einflussreichen Top-Job als **Generalsekretär des Europarats** offenbar ein Problem: Seine zweifelhafte Vergangenheit als Corona-Manager scheint ihn einzuholen.

Nun geht es uns nicht darum, ihn deswegen zu bedrängen; dafür gibt es Gerichte. Es geht uns darum, dass die souveräne Schweiz diesen Fehler nicht ein zweites Mal begeht, denn:

Die **WHO** / UNO schickt sich an, unser Parlament zu einem folgenschweren Entschluss zu drängen. **Alle Kompetenzen** in einer künftigen Pandemie, vom Lockdown über die Maskenpflicht bis hin zur Verordnung von Impfungen sollen per GV-Abstimmung im Mai 2024 **direkt der WHO übertragen werden**.

Damit sich unsere Volksvertreter mit diesem brennenden Thema beschäftigen, haben wir einen Text verfasst, welcher per Einschreiben an sie und an andere, -wichtige Persönlichkeiten geschickt wurde (Texte zu lesen auf www.souveraen-gr.ch) - Hatte Alain Berset **den ersten Brief** noch gelesen, verstanden und umgehend seine Unschuld beteuert, **verweigerte er das zweite Einschreiben** (siehe Foto). **Warum?**

Im **Mai 2024** findet in Genf eine dem Bürger im Ausmaß und in der Konsequenz kaum bewusste Abstimmung über die künftigen Rechte des äthiopischen Marxisten und **WHO-Chefs Tedros Ghebreyesus** statt. Er, also eine einzige Person, wird dann entscheiden, ob und wie wir Schweizer uns in der nächsten Krise (das kann dann auch eine erfundene Klimakrise sein) zu verhalten haben. - **Tedros** hat eine spektakuläre politische

Vergangenheit: Er war glühendes Mitglied der marxistisch-leninistischen Tigray Front. Dieser terroristischen Gruppierung werden unter anderem Völkermord, Folter und Vergewaltigung zur Last gelegt. Man kann nur ahnen, was uns mit **Diktator Tedros** blühen wird.

Um unsere **Politiker** auf den drohenden Verlust unserer Souveränität hinzuweisen und sie gleichzeitig an **ihre Pflichten** bei der wichtigsten Abstimmung seit der Ablehnung des EWR-Beitritts 1992 zu erinnern, hat unsere **Souverän-GR** Gruppe ihnen eingehend die Konsequenzen erläutert und in unseren EINGESCHRIEBENEN exakt erklärt, was ihnen bei Annahme der WHO-Vorschläge, der internationalen Gesundheitsvorschriften und des Pandemiepaktes blühen wird. - Seit unseren Aktionen kann sich also keiner mehr davonstehlen und den *Ahnungslosen* markieren; alle Parlamentarier wissen seit unseren Erklär-Briefen ganz klar, worüber sie im Mai abstimmen werden.

Sollten sie sich **für die WHO** entscheiden, würde dies strafbaren Hochverrat bedeuten. **Unsere Politiker dürfen** bei Abtretung von Volksrecht auf fremde Organisationen gar **nicht über uns Bürger hinweg entscheiden**. Das wäre ein **Verfassungsbruch**.

Pikant: Obwohl alle Bundes-, National- und Ständeräte und andere, wichtige Figuren unserer Schweiz schon wiederholt diese Eingeschriebenen erhalten und unterschrieben (??) haben, bleibt die Staats-Presse stumm. Wer beißt schon die Hand, welche einen füttert?

Wichtig: Uns **Souverän-GR** Mitgliedern geht es nicht in erster Linie darum, die Verantwortlichen zu bestrafen; es geht um die Aufklärung der Missstände und deren künftige Vermeidung.

Und dazu müssen wir uns eine kritische Presse, ein nicht vom Staat bzw. von der Regierung kontrolliertes Fernsehen zurückerobern. - Es braucht kritische und korrekt informierte Bürger als teilnehmenden Faktor der Politik.

Aber kann Ihr Nachbar ein korrekt informierter, kritischer Bürger sein?
Nein, das ist er nicht, solange er sich weiterhin von 19 Uhr 30 bis 10 vor 10 vom Staatsfernsehen bilden lässt und somit zum **Komplizen unserer Bundesräte** wird, die uns **eventuell sogar in die WHO-Diktatur führen!**

Mit freundlichen Grüßen,
stellvertretend für das Komitee

Renato Stiefenhofer

